

Eine Analyse des Urnenganges vom Sonntag

Hemishofen reisst aus

ABSTIMMUNG Auch die Schaffhauserinnen und Schaffhauser sind mehrheitlich gegen Massnahmen für eine nachhaltigere Landwirtschaft und den Klimaschutz, hingegen für mehr Befugnisse für die Polizei und für die Corona-Massnahmen. Bei den Abstimmungen am 13. Juni stimmte der Kanton ähnlich wie der Rest des Landes.

Beide Initiativen für eine nachhaltigere Landwirtschaft, die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative, wurden im Kanton und landesweit deutlich abgelehnt. Knapp 56 Prozent der Schaffhauserinnen stimmten gegen die Initiative, die eine Verunreinigung des Trinkwassers durch Pestizide verhindern wollte, und gut 57 Prozent stimmten gegen das Verbot von synthetischen Pestiziden.

Landesweit überwogen die Nein-Stimmen mit jeweils etwa 60 Prozent.

Auch das CO₂-Gesetz wurde an der Urne abgeschmettert. Fast 54 Prozent der Stimmberechtigten im Kanton waren dagegen. Das war sogar etwas deutlicher als die 52 Prozent in der ganzen Schweiz. Die Schweizerinnen befürworteten jedoch mehrheitlich das Bundesgesetz für polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT). Landesweit stimmten rund 57 Prozent dafür, in Schaffhausen waren es rund 56 Prozent. Das neue Gesetz ist unter Juristen nicht unumstritten, denn es gibt der Polizei weitreichende Ermächtigungen, präventiv zu ermitteln.

In Schaffhausen wie schweizweit wurde das Covid-19-Gesetz,

das die gesetzliche Grundlage für Verordnungen vom Bundesrat zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie regelt, ebenfalls mehrheitlich befürwortet. 58 Prozent stimmten hier mit Ja, 60 Prozent in der ganzen Schweiz.

Die kantonale Initiative gegen die Lichtverschmutzung, über die ebenfalls am Sonntag abgestimmt wurde, scheiterte. Sie wurde mit 53 Prozent der Stimmen abgelehnt. Die Initiative war von den Grünen lanciert worden, um den Einsatz von Kunstlicht einzuschränken.

Wie erwartet gab es auch in Schaffhausen einen starken Unterschied zwischen Stadt und Land in Bezug auf die Abstimmungsergebnisse. So stimmten die Stadt-Schaffhauserinnen sowohl den Agrarinitiativen als

auch dem Gesetz zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses zu. Letzteres wurde sogar deutlich, mit 8737 zu 6904 Stimmen angenommen. Die ländlichen Gemeinden stimmten dagegen mehrheitlich gegen die Agrarinitiativen und die CO₂-Gesetz-Revision.

Bei den Ergebnissen zum PMT-Gesetz gab es im Kanton jedoch einige Ausreisergemeinden. So stimmten die Dörfer Beggingen, Hemishofen und Trasadingen mehrheitlich gegen das Gesetz. Auch die Kampagne für die Lichtverschmutzungsinitiative scheint einige Gemeinden mehr überzeugt zu haben als andere. In vier Gemeinden fand sich dafür eine Mehrheit, neben Schaffhausen, Stein am Rhein und Wilchingen auch im kleinen Hemishofen. **dl.**

Debatte zu Rechnung im Kantonsrat

Regierung gewinnt im Kampf um die Töpfe



Der Kantonsrat will einen Topf für Strassen statt fürs Klima. Peter Pfister

RESERVEN 65 Millionen Franken hat der Kanton auf der hohen Kante. Denn genau so viel Überschuss bleibt nach Abschluss der Staatsrechnung 2020, trotz Corona. Die Staatsrechnung selbst blieb unumstritten. Ihr stimmte der Rat mit 44 zu 12 Stimmen zu. Weniger einig waren sich jedoch die Fraktionen, was mit dem Überschuss passieren soll.

Der Regierungsrat hatte konkrete Pläne und beantragte beim Kantonsrat die Bildung von drei Reserven. 30 Millionen Franken sollen für «wirtschaftliche und soziale Massnahmen», 20 Millionen Franken für eine befristete Steuer senkung wegen Corona und 15 Millionen Franken für den Fonds für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Kantonsstrassen zurückgestellt werden.

Besonders die Reserve für den Strassenfonds wurde kritisiert. Versuche der SP und der Grünen, das Geld für nachhaltigere Zwecke zurückzulegen, scheiterten. Melanie Flubacher Ruedlinger (SP) schlug vor, stattdessen 10 Millionen dem Energie- und Klimafonds zuzuweisen und den Rest für die Betreuung von Vorschulkindern auszugeben. Urs Capaul (Grüne) forderte eine Rücklage für mehr Biodiversität.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP) wies dagegen darauf hin, dass Strassen auch für den öffentlichen Verkehr wichtig seien.

Am Ende wurde allen drei Anträgen der Regierung zugestimmt, dem für den Strassenfonds nur knapp mit 29 zu 27 Stimmen. **dl.**